

---

Timm Beichelt • Bożena Chołuj • Gerard C. Rowe  
Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.)

# Europa-Studien

Eine Einführung

2. Auflage

 Springer VS

Herausgeber  
Prof. Dr. Timm Beichelt  
Prof. Dr. Božena Choluj  
Prof. Dr. Gerard C. Rowe  
Prof. (em.) Dr. Hans-Jürgen Wagener

Europa-Universität Viadrina  
Frankfurt (Oder), Deutschland

5A1 NK 5000 B422(2)

20/2645 6

Universitätsbibliothek  
Europa - Universität  
Viadrina  
Frankfurt (Oder)

ISBN 978-3-531-19863-7  
DOI 10.1007/978-3-531-19864-4

ISBN 978-3-531-19864-4 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS  
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2006, 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

## Inhalt

Einleitung: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Europastudien? ..... 9  
*Timm Beichelt/Božena Choluj/Gerard C. Rowe/Christina Ücker/  
Hans-Jürgen Wagener*

### 1. Kultur

Europa. Anmerkungen zur Genese eines rastlosen Kontinents ..... 35  
*Heinz-Dieter Kittsteiner †*

Religion und Politik in Europa – alte Fragen und neue Herausforderungen ..... 53  
*Michael Minkenber*

Islam in Europe ..... 73  
*Ayhan Kaya*

Schriftsteller und ihre Europa-Konzepte ..... 91  
*Božena Choluj*

Grenzen im Neuen Europa ..... 109  
*Werner Schiffauer*

### 2. Politik

Politik in Europa zwischen Nationalstaaten und EU –  
auf dem Weg zu einem integrierten Analysekonzept ..... 119  
*Timm Beichelt*

Die europäische Demokratie und die deliberative Integrationstheorie ..... 135  
*Jürgen Ney*

Die zerfasernde Union – Differenzierung als Realität des Integrationsprozesses ..... 149  
*Nicolai von Ondarza*

Regionale Entwicklung in der Europäischen Union .....	167
<i>Stefan Krärke</i>	
Polizeikooperation im Zuge europäischer Terrorismusbekämpfung: Transformation des staatlichen Gewaltmonopols? .....	187
<i>Christina Ücker</i>	
Europa in der Welt: Die vielen Gesichter der EU-Außenbeziehungen .....	209
<i>Nicolai von Ondarza/Johannes Varwick</i>	

### 3. Recht

Der lange Weg zur Europäischen Union .....	231
<i>Matthias Pechstein/Philipp Kubicki</i>	
Menschenrechtsschutz und europäische Integration .....	247
<i>Carmen Thiele</i>	
Europäische Integration durch Verwaltung und Verwaltungsrecht .....	263
<i>Gerard C. Rowe</i>	
Die Verfassung der Erwerbsarbeit in der Europäischen Union – Rechtsgrundlagen eines Sozialen Europa .....	281
<i>Eva Kocher</i>	
Entwicklungstendenzen im europäischen Unternehmensrecht .....	297
<i>Bartosz Makowicz</i>	
Europäisches Internationales Schuldrecht .....	315
<i>Dieter Martiny</i>	
Grundlagen der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen in der EU .....	329
<i>Michael Stürner</i>	

### 4. Wirtschaft

Europäische Integration und kapitalistische Vielfalt .....	345
<i>Frank Bönker</i>	
... and never the twain shall meet? Die Osterweiterung der Europäischen Union .....	357
<i>Hans-Jürgen Wagener</i>	

Europäische Sozialpolitik .....	377
<i>Hermann Ribhegge</i>	
Europäische Finanzmarktintegration .....	397
<i>Mechthild Schrooten</i>	
Die grenzüberschreitende Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union .....	409
<i>Stephan Kudert/Marcin Jamrozcy/Jens Glowienka</i>	
Der rechtliche Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion .....	431
<i>Ulrich Häde</i>	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	451

## Grenzen im Neuen Europa<sup>1</sup>

Werner Schiffauer

Der Umbruch Nachkriegseuropas wurde 1973 mit dem Ende des Nachkriegsbooms ökonomisch eingeleitet und 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer politisch vollzogen. Er lässt sich an der radikalen Umstrukturierung der Grenzen ablesen. Gerade ein verändertes Verhältnis zu Grenzziehungen in allen Dimensionen – räumlich, zeitlich und sozial – zeigt deutlich, dass diese beiden Daten eine Übergangsepoche markieren, durch die zwei Phasen der Moderne voneinander geschieden werden.

Im Rückblick erscheint uns die Phase vor 1973 als die Epoche der klassischen Moderne. Es war eine Zeit der starken Grenzziehungen. Die Markierung der Grenzen zwischen den Sphären des Religiösen, Politischen, Ökonomischen und Sozialen hatten es ermöglicht, dass sich in den jeweiligen Systembereichen je eigene Rationalitäten ausbildeten. Die Herausbildung einer der Effizienz verpflichteten Rationalität der Ökonomie; einer der Verteilungsgerechtigkeit verpflichteten Rationalität der Verwaltung; einer der Gerechtigkeit verpflichteten Rationalität des Justizsystems; einer der Wahrheitsfindung verpflichteten Rationalität der Wissenschaft usw. führten dazu, dass jeder Teilbereich der Gesellschaft sich von den anderen emanzipierte und damit seine Eigenlogik entfalten und ihr folgen konnte. Als falsch und irrational galt es, wenn ein Bereich nicht dieser Eigenlogik, sondern der eines anderen Bereichs folgte, wenn also, sagen wir, ein Wirtschaftsunternehmen nicht der Effizienz, sondern politischen Vorgaben folgte.

Ein Problem mit dieser Zerlegung der Gesellschaft war, dass zwar jeder Einzelbereich in sich vernünftiger gestaltet werden konnte, dass sich aber die Vernunft des Ganzen nicht von selbst ergab. Was ökonomisch sinnvoll war, war nicht immer auch politisch oder gar sozial sinnvoll und umgekehrt. In dieser Hinsicht wurde die zweite konstitutive Grenzziehung der Moderne entscheidend – nämlich die räumliche zwischen den Nationalstaaten.

Die voneinander abgegrenzten Nationalstaaten bildeten Räume, in denen die voneinander geschiedenen Relevanzsphären noch einmal aufeinander bezogen werden konnten: auf der Ebene des Nationalstaats konnten Fragen der *volonté générale* und des *bien commun* gestellt und z. B. das politisch Sinnvolle gegen das ökonomisch Sinnvolle in Anschlag gebracht werden. Dem korrespondiert die Idee der nationalen Souveränität, des Staatsvolks und der Demokratie.

<sup>1</sup> Diese Überlegungen sind im Wesentlichen das Produkt der Überlegungen der Arbeitsgruppe, die das Cluster „B/Orders in Motion“ an der Europa-Universität Viadrina entwickelt hat.

Ein klassischer Fall, bei dem diese Logik (vielleicht zum letzten Mal<sup>2</sup>) zum Tragen kam, war die Wiedervereinigung Deutschlands. Die politische Rationalität der Wiederherstellung des Nationalstaats wurde gegen alle ökonomischen Bedenken durchgesetzt.

Die starken Grenzziehungen zwischen den Systembereichen und Nationalstaaten korrespondierten miteinander. Sie waren die Bedingung der Möglichkeit für den Glauben an die Beherrschbarkeit der Welt. Dieser wiederum war eng mit dem großen Narrativ der Moderne verbunden, nämlich des Glaubens an den Fortschritt, definiert als Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Es lohnt sich, die „Vergangene Zukunft“ (Koselleck 1992) der 1950er und 1960er Jahre in Erinnerung zu rufen, um deutlich zu sehen, dass wir uns gegenwärtig in einer qualitativ anderen Phase der Moderne befinden: Die Atomenergie schien das Versprechen einer sauberen und billigen Energie für alle zu bergen, die Grüne Revolution verhiess die endgültige Überwindung des Welthungers, die Dekolonialisierung würde es der Dritten Welt innerhalb von zehn Jahren ermöglichen, an die erste Welt anzuschließen. Diese Versprechen hatten eine kapitalistische Variante, die den Fortschritt in der Entfesselung der Produktivkräfte sah und eine sozialistische, die den Fortschritt in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sah. Gemeinsam war beiden ein bemerkenswerter Optimismus. Dieses Selbstbild der Moderne begründete eine dritte starke Grenze, nämlich eine zeitliche, mit der sich eine emphatisch mit Aufklärung und Vernunft assoziierte Phase der Moderne von früheren Epochen abgrenzte.

Es gibt starke empirische Argumente dafür, dass diese Grenzziehungen zwar als ordnungsleitende und korrektive Ideen existierten, dass sie aber auf der faktischen Ebene immer schon durchlöchert waren. Latour (1991/1995) hat dies mit der These auf den Punkt gebracht, dass wir nie modern gewesen seien. Dies soll gar nicht bestritten werden – allerdings ist auch die performative Bedeutung ordnungsleitender Ideen hoch zu veranschlagen. Die Gegenwart zeichnet sich nun dadurch aus, dass diese konstitutiven Grenzziehungen auch ihre Bedeutung als handlungsleitende Perspektiven verloren haben. Seit den 1970er Jahren verlieren die Grenzen zwischen den Nationalstaaten wie zwischen den Systembereichen ihren selbstverständlichen Charakter. In beiderlei Hinsicht geraten die Grenzen in Bewegung.

Was war geschehen? Die Nachkriegsordnung wurde 1973 mit der als „Ölschock“ bezeichneten Weltwirtschaftskrise erschüttert. Um die Krise zu bewältigen, wurde eine Reihe von ökonomischen Restrukturierungen eingeleitet, deren Tragweite erst im Nachhinein bewusst wird. Die Antwort auf die Krise bestand zunächst in der Steigerung von Produktivität von Arbeit und Kapital. Der Weg dahin bestand in der Globalisierung von Produktion, Zirkulation und von Märkten. Dies bedeutete, jedenfalls in der kapitalistischen Welt, den sukzessiven Wegfall nationalstaatlicher Hemmnisse – sprich eine Tendenz zur Entgrenzung. Diese Entwicklung wäre wohl auch ohne die gleichzeitige Entwicklung der Informationstechnologie gekommen – aber sie wäre dann mit Sicherheit weit weniger durchschlagend gewesen. In diesem Fall war es die Koinzidenz einer technischen Entwicklung mit einer ökonomischen,

die der globalen Netzwerkökonomie zum Durchbruch verhalf. Sie erlaubte erst die Entfaltung von Produzentennetzwerken, *just in time production* etc. In dieser neoliberalen Welt verloren die Grenzen ihre Legitimität: Sie wurden weniger als Instrument der Kontrolle wahrgenommen, denn als Hemmnisse und Barrieren. Deregulierung und Liberalisierung waren die Schlagworte (Castells 1996).

Die Wirtschaftskrise hatte aber ebenfalls deutlich werden lassen, dass der Keynesianismus – und damit der Wohlfahrtsstaat – an seine Grenze gestoßen war. Der öffentliche Sektor konnte nicht weiter expandieren, sondern musste im Gegenteil zurückgefahren werden. Die Modelle, die in der Ökonomie entwickelt worden waren, wurden zum Leitbild erklärt. Im Zeichen des Neoliberalismus wurden immer mehr Bereiche, die bisher nach ihrer Eigenlogik strukturiert waren, den Kriterien der Ökonomie untergeordnet. Das marktorientierte Verhalten wurde zur Messlatte auch staatlichen Handelns. Gleichzeitig zog sich der Staat aus zahlreichen Feldern, die bislang aus Gemeinwohlerwägungen dem Markt entzogen waren, zurück: Das öffentliche Transportwesen, der staatliche Wohnungsbau, die Wasserwerke und die Elektrizitätsversorgung wurden weitgehend privatisiert. Die Ökonomisierung der Politik war der Bereich, in dem zunächst und mit besonderem Nachdruck das alte Ideal der Eigenlogik der Handlungsbereiche durch ein neues Ideal, nämlich dem der Durchdringung der Handlungsbereiche und der Entstehung überlappender Strukturen, ersetzt wurde.

All dies hatte weitgehende Konsequenzen für die Neuordnung Europas: Die Beschleunigung der Produktion in der kapitalistischen Welt vertiefte die Kluft zur sozialistischen Welt und führte letztendlich zu ihrem Zusammenbruch. Gleichzeitig erfolgte der Ausbau der EU als Antwort auf die Herausforderung der entfesselten globalen Ökonomie – am deutlichsten in der Einführung der Gemeinschaftswährung, mit der ein deutliches Gegengewicht zu Dollar und Yen geschaffen werden sollte.

Die Folge war ein grundsätzlicher Umstrukturierungsprozess von Grenzen. Die Isomorphie der Grenzen von Währungsräumen, Sicherheitsräumen, politischen Räumen und ethnischen Räumen (weitere ließen sich nennen) brach auf und machte einem komplexen Schnittmuster Platz. Dies ist global der Fall, ist jedoch besonders deutlich in Europa zu beobachten. Dort ist seit den 1990er Jahren eine supranationale Rechtsordnung mit umfassenden Regelungskompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der äußeren und inneren Sicherheit entstanden. Die Grenzen, die den EU-Raum insgesamt umfassen, sind jedoch weder deckungsgleich mit den Grenzen des Sicherheitsraums noch mit dem Währungsraum oder den Fiskalräumen, und schon gar nicht mit den durch Migration entstandenen transnationalen ethnischen Räumen. Die Schweiz und Norwegen sind nicht in der Europäischen Union, wohl aber innerhalb des Transnationalen Sicherheitsraums des Schengener Abkommens und nehmen am Bologna-Prozess und damit an der Europäisierung der Bildungsprozesse teil. Großbritannien ist in der Europäischen Union, aber weder im Schengenraum noch in der Eurozone; die meisten osteuropäischen Länder sind im Schengen-, aber nicht im Euro-Raum. Die Wohlfahrts- und Steuersysteme sind nach wie vor national begrenzt. Kurz: An die Stelle einer Ordnung, in der Grenzen lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Vergemeinschaftungen hierarchisch verschalt und die entsprechenden Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar definiert waren, ist in der Gegenwart ein komplexes Schnittmuster getreten.

2 Man muss sich klar darüber sein, dass es seinerzeit keine internationalen Rating-Agenturen gab. Wenn es sie gegeben hätte, wäre die Durchsetzung der Deutschen Wiedervereinigung weit schwieriger, wenn nicht unmöglich gewesen. Die Bewertungen hätten sofort eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, wie wir sie heute (2012) in Südeuropa erleben.

Diese Prozesse auf der Makroebene schlagen auf die Mikroebene durch. Die Restrukturierung von Grenzen bedeutet eine Restrukturierung von Schicksals-, Verantwortungs- und Haftungsgemeinschaften. Diese Restrukturierung mag sich weitgehend unbemerkt vollziehen, solange alles glatt geht, wird aber sehr deutlich, sobald es zur Krise kommt. Betrachten wir die gegenwärtige Auseinandersetzung um Griechenland. Die Reaktionen in Griechenland und Deutschland unterscheiden sich deutlich von den früheren Reaktionen auf Wirtschaftskrisen in anderen Nationalstaaten. Es ist die Wut auf die Mitglieder einer Familie, die einen mit ins Verderben ziehen (oder umgekehrt die Wut auf diejenigen, die meinen es besser zu wissen und den Ton angeben). Analoges gilt für Rechtsgemeinschaften: Die Anrufung des Europäischen Gerichtshofes oder des Menschengerichtshofes sind längst Selbstverständlichkeiten geworden. Die damit eröffneten Möglichkeiten haben die bislang nationalstaatlich gefasste Rechtskultur (die Erwartungen und Ansprüche an das Recht) gründlich verändert. Oder Schengen: Die Umsetzung der vereinbarten Grenzpolitik durch Italien oder Griechenland hat Einfluss auf die soziale Zusammensetzung der Einwandererviertel der Städte in Deutschland und anderen Staaten. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass nationalstaatliche Grenzen nicht weiter existieren. Aber sie sind für immer weniger Handlungsbereiche relevant. Der Nationalstaat ist nur noch eine der unterschiedlichen Schicksalsgemeinschaften, denen wir angehören – die frühere Totalität existiert nicht mehr. Wir alle leben mittlerweile in transnationalen Vergemeinschaftungen.

Die transnationale Vergesellschaftung jedes Einzelnen „von oben“ wurde durch die transnationale Vergesellschaftung „von unten“ – durch massive Einwanderung – komplementiert. Sie führte dazu, dass die Idee des Volkes als Souverän, als Herr im eigenen Haus, stark an Plausibilität verloren hat. Besonders deutlich ist dies in Großstädten geworden, die zunehmend zu Orten wurden, an denen transnationale Gemeinschaften aufeinander treffen und in Interaktion miteinander treten. Aus deutschen Städten wurden Städte in Deutschland. Der Neukomposition der Bevölkerung wurde insofern Rechnung getragen, als dass sich fast alle Nationalstaaten Europas inzwischen als Einwanderungsgesellschaften definieren. Damit wurden aus Migranten Minderheiten und – wenigstens prinzipiell – ein Bekenntnis für ethnische Heterogenität ausgesprochen.

Das Zusammenspiel von Transnationalisierung von oben und von unten bedeutet nichts anderes, als dass die transnationale Lebensform und der transnationale Handlungshorizont, die beide früher primär kennzeichnend für Migranten waren, heute für alle maßgeblich wurden. In einer bezeichnenden Weise ist jeder einzelne zum *transnational* geworden – ohne dass er aktiv einen Schritt über die Grenze machen muss. Die Grenze hat ihn sozusagen eingeholt. Wie früher nur der Migrant macht heute jeder die Erfahrung, dass wichtige Aspekte seiner Lebenswelt von Personengruppen mitbestimmt werden, die nach der Logik des Nationalstaats „Anderer“ sind. Dies bedeutet ebenfalls, dass die Situation der Ambivalenz, die Zygmunt Bauman (1991) in Anschluss an Simmel zur Charakterisierung der existenziellen Situation des Migranten nimmt, zu einer generellen Lebenssituation wurde.

Die erste Reaktion auf diese neue Unübersichtlichkeit war Unbehagen. Es macht sich an drei Aspekten fest: An der Restrukturierung gesellschaftlicher Ängste, am Verfall des Politischen und am Aufschwung des Populismus. Zum ersten: Die scharfen Grenzen, die Ost und

West zur Zeit der Blockkonfrontation gespalten hatten, bargen immer die Gefahr kriegerischer Konfrontation, ja atomarer Vernichtung. Die Auflösung des binären Ost-West Schemas, die relative Öffnung der Grenzen in einer Netzwerkgesellschaft, die zunehmenden Überlappungsstrukturen haben definitiv die Welt wesentlich sicherer gemacht – einer Tatsache, der durch massive Abrüstung Rechnung getragen wurde. Gleichzeitig hat man nicht den Eindruck, dass die gesellschaftlichen Ängste geringer geworden wären. Es scheint vielmehr so zu sein, dass die Angst vor der physischen Zerstörung zurückgetreten ist; gleichzeitig aber diffuse Ängste in Bezug auf Überfremdung, Kontrollverlust und gesellschaftliche Desintegration zugenommen haben.

Dies scheint mit dem Wegfall einer der wichtigen Funktionen von Grenzen, nämlich die Welt lesbar zu machen, zusammenzuhängen. Die relativ klare Bedrohung durch einen äußeren Feind ist durch eine Bedrohung durch innere Unordnung ersetzt worden. In einer Zeit offener Grenzen ist die Trennung von Innen und Außen und damit von Freund und Feind nicht mehr herstellbar. Die Theorie der *securitization* hat herausgearbeitet, wie diese diffusen Ängste sich in der Konstruktion des Migranten als Sicherheitsrisiko festmachten (Buzan/Wæver/Wilde 1998). Im Bild des Terroristen als desjenigen, der die Ordnung schlechthin bedroht, scheint das gegenwärtige Unbehagen ein sehr verdichtetes Bild gefunden zu haben: Anders als die Truppen des Warschauer Paktes, die eine sichtbare und greifbare Bedrohung darstellten, ist der Terrorist unsichtbar, kann überall zuschlagen und folgt scheinbar keiner Rationalität mehr. Er ist in einem genauem Sinn „heim-tückisch“ – er kommt aus dem Inneren und ist damit „un-heimlich“.

Zum zweiten: Die Herausbildung überlappender Strukturen führte zum Verfall des Politischen in seiner klassischen Form. Die Demokratie konstituierende Idee über den freien Austausch innerhalb eines begrenzten Rahmens eine *volonté generale* auszubilden und eine Einigung über das Allgemeinwohl zu erzielen, ist nur noch mühsam haltbar. In der neuen Ordnung überlappender Strukturen wird diese sowohl von oben wie von unten in Frage gestellt: von oben bedeutet die Entfaltung des *overlap*, dass immer mehr – und zwar zentrale – Handlungsfelder nicht mehr in die Entscheidungshoheit des nationalen Souveräns gestellt sind – ohne dass die Herausbildung eines neuen Souveräns absehbar wäre. Auch hier zeigt die Krise Griechenlands die Konsequenzen: Die Macht des Parlaments wird auf der griechischen Seite auf die Akklamation zu den Sparbeschlüssen beschränkt; aber auch auf der Geberseite ist ein Widerstand gegen die durch Sachzwänge bedingte Politik kaum denkbar. Von unten wird durch die zunehmende Pluralisierung der Personen, die sich auf einem Staatsgebiet aufhalten, das klassische Festhalten am nationalen demos fragwürdig. Es kommt zu einer Pluralisierung – und die fiktive Einheit des demos muss zugunsten der Ko-Präsenz der *demos* aufgegeben werden.

Kurzum: Entscheidungen werden immer seltener nach dem klassischen Modell getroffen, nach dem gewählte Vertreter eines demos eine bestimmte Politik festlegen und in Gesetze gießen, die dann von der Verwaltung umgesetzt werden. Tatsächlich werden immer mehr Entscheidungen auf dem Weg von Verhandlungen zwischen heterogenen Akteuren getroffen. Derartige Verhandlungen weisen einen hohen Grad an Eigendynamik auf; vor allem aber lassen sich die in ihnen getroffenen Entscheidungen fast nie mehr auf einzelne Akteure

re zurückführen, die dann zur Verantwortung gezogen und im Grenzfall haftbar gemacht werden könnten. Eine Folge dieser Verschiebung ist, dass die Verantwortung für getroffene Entscheidungen kaum mehr zuzuweisen ist und damit die klassische Rechenschaftspflicht ausgehöhlt wird. Eine direkte Folge dürfte die Politikverdrossenheit sein – das Gefühl, nicht mehr signifikant an Entscheidungen beteiligt zu werden.

Eine dritte Konsequenz ist ein neuer Populismus. Populistische Forderungen nehmen heute die Form des Wiedereinsetzens starker Grenzen an: Sie spielen auf eine signifikante Weise mit den Ängsten des Kontrollverlusts. Sie machen regelmäßig den Migranten zum Thema und stellen darüber die Permeabilität von Grenzen in Frage. Und schließlich greifen sie mit dem Symbol des starken Manns eine Sehnsucht nach der Wiederbemächtigung des Politischen auf.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Folgen der neuen überlappenden Strukturen nur negativ als Unbehagen zu zeichnen. Es lässt sich ebenfalls beobachten, dass sich längst eine neue Kultur in Bezug auf Grenzen durchgesetzt hat. Es scheint, als wolle ein zunehmend großer Teil der Bevölkerung gar nicht mehr zu den starken Grenzen der Moderne zurückkehren.

Auch dies lässt sich in drei Punkten festmachen. Der erste ist die Kritik der Binarität und eine Bejahung von Hybridität, Heterogenität, Diversität etc. Der zweite ist die Entwicklung einer Kultur der Fraktalität, der Verschachtelung bzw. der Faltung. Der dritte ist das Neudenken von Liminalität.

Zum ersten: Die klassischen multideterminierten Grenzen, die die – hier „klassisch“ genannte – Moderne räumlich, zeitlich und sozial ausgezeichnet haben, gelten zunehmend als problematisch – und zwar in allen Bereichen. Das ihnen unterliegende Prinzip des „entweder-oder“ und die klare Einteilung der Welt werden zunehmend als beklemmend empfunden. An ihre Stelle tritt eine emphatische Bejahung des (die Überlappung bejahenden) „sowohl-als auch“. Dies gilt auf der Ebene des Transnationalen (es ist angenehm, sowohl in Italien als auch in der Euro-Zone zu sein), auf der Ebene von gender (man ist sowohl aktiver Vater als auch berufstätig) auf der Ebene des Interethnischen, wo die Herkunft auch in der offiziellen Sprache zum „ethnischen Hintergrund“ mutiert. Grenzen sollen offen, permeabel vor allem revidierbar gehalten werden. Sie sollen aushandelbar bleiben. Dies bedeutet auch, dass ihr dezisionistischer Charakter deutlich wird. Damit wächst zwar der Aufwand an Begründung und Legitimierung – aber auch das Gefühl von Freiheit.

Zum zweiten: Es scheint weniger so zu sein, dass der binäre Charakter von Unterscheidungen verschwindet, sondern multipliziert wird. An die Stelle funktionaler Differenzierung, nach der die eine Institution für das eine, die andere für das andere zuständig ist, tritt immer mehr das Prinzip der Fraktalität. Fraktalität bezeichnet das Phänomen der Faltung. Innen und Außen sind nicht mehr klar geschieden, sondern komplex ineinander gefaltet. Außengrenzen werden nach Innen verlagert. Man kennt das Phänomen aus dem politischen Lager, wo sich rechts und links gegenüberstehen; innerhalb der Linken aber wieder ein rechter und linker Flügel; innerhalb des linken Flügels wieder eine rechte und linke Fraktion usw. bis hin zu einzelnen Person. Es scheint nun, dass derartige Faltungen immer häufiger werden. Sie gelten vor allem nicht mehr nur, wie in der klassischen Moderne, für Positionalitäten (oben/unten; innen/außen oder rechts/links), sondern auch für Funktionalitäten. Widersprüchliche Handlungsanforderungen wie Effizienz und Kundenbindung im Bankgewerbe; Integration und Kont-

rolle in der Islampolitik; Resozialisierung und Strafe im Strafvollzug werden immer weniger auf verschiedene Abteilungen verlagert, sondern in die einzelnen Abteilungen hereingeholt. Querschnittsaufgaben werden gebildet – was nichts anderes bedeutet, dass in einem Ressort immer einer für etwas anderes auch zuständig ist. Die klassische Aufgabenteilung erscheint immer mehr unter dem Aspekt der Kostspieligkeit: Die Skepsis hat zugenommen, dass Sachverhalte, die einmal zerlegt wurden, wieder integriert werden können. Jede einzelne Abteilung, jede einzelne Person verkörpert in sich sozusagen das Ganze. Das Ausbalancieren der einzelnen Anforderungen wird zur Herausforderung. Negativ bedeutet dies zwar, dass sich die Erwartungen an den Einzelnen wesentlich steigern – und es nicht selten zur Überforderung kommt. Dagegen steht das Versprechen die Entfremdung, die die Parzellierung der Arbeitsbereiche in der Moderne mit sich gebracht hat, im Zeichen des Holismus zu überwinden.

Zum dritten: Grenzen produzieren notwendigerweise liminale Zonen. Diese sind klassischerweise Zwischenzonen, die auftauchen, wenn man den einen Raum verlassen, den anderen aber noch nicht betreten hat. Liminale Zonen sind aber auch Vorzonen (in denen das Andere schon Schatten wirft) und Akklimatisationsräume (wo man zwar die Grenze schon überschritten hat, aber noch nicht „richtig“ angekommen ist). Je stärker die Grenzen markiert sind, desto stärker sind diese Bereiche durch Ambivalenz ausgezeichnet. Mary Douglas (1985) hat herausgearbeitet, dass sie mit Befleckung, Verunreinigung und Schmutz assoziiert werden. Sie rufen klassischerweise einen purgatorischen Impetus hervor, mit dem die Grenzen wieder neu errichtet werden. Es war nicht zuletzt diese Konsequenz von harten Grenzen, die die problematischsten Seiten der Moderne charakterisiert hat: Die „Säuberungen“, die Vertreibungen und Völkermorde des zwanzigsten Jahrhunderts geschahen alle mit dem starken Impetus, ein Innen vom Außen wieder zu trennen und die Grenzen dazwischen wieder zu errichten. In überlappenden Räumen scheint diese Gefahr zurückzutreten. In gewissem Sinn wird das Liminale verallgemeinert, weil sich durch die Überlagerung immer mehrere Ordnungen decken und damit komplexe, ja sogar widersprüchliche Handlungsanforderungen die Regel werden. Gleichzeitig verliert die Metapher der Verunreinigung ihren Sinn. Das Liminale – so könnte man mit Turner (1982/1989) argumentieren – schwächt sich ab, es wird zum liminoiden. Der bedrohliche Charakter tritt zurück, das kreative Potenzial wird stärker. Das Potenzial, das mit diesen Überschreitungen assoziiert wird, wird in den positiven Assoziationen deutlich, die Begriffsbildungen mit dem Präfix *Trans-* anhaften. Das Transdisziplinäre, Transnationale, Translokale erscheint als wünschenswert; das Disziplinäre, Nationale oder Lokale werden zunehmend mit Enge assoziiert.

Gerade die Koexistenz von als problematisch wahrgenommenen Konsequenzen der neuen Grenzziehungen (hier wurden die Restrukturierung von Ängsten, der Verfall des Politischen und der neue Populismus genannt – Weiteres ließe sich hinzufügen) und als positiv wahrgenommenen Konsequenzen (Hybridität, Fraktalität und Liminalität – auch hier ließ sich Weiteres nennen) markiert, dass wir tatsächlich in einer anderen Phase der Moderne leben. Sie lässt sich weder als Verfallsgeschichte noch als Entfaltungs- und Fortschrittsgeschichte auf die Phase der klassischen Moderne beziehen. Es handelt sich einfach um etwas anderes.

Dennoch birgt die Welt überlappender Grenzen Probleme, deren Lösung eine erhebliche Herausforderung ist. Zwei seien hier genannt. Das erste Problem besteht darin, dass die

Errungenschaften der Moderne aufgegeben werden. Ich sehe dies im Augenblick am deutlichsten im Bereich der Sicherheitspolitik. In Antwort auf die oben geschilderten Ängste vor dem Terrorismus wurde ein „umfassender Sicherheitsbegriff“ entwickelt, der weitgehend auf Prävention setzt. Verdächtige Milieus und Personen werden identifiziert und überwacht. Bereits im Vorfeld werden Maßnahmen ergriffen, um den Bewegungsraum von vermeintlichen Gefährdern einzuschränken. Dies wird als Querschnittsaufgabe gesehen, bei der es zum Zusammenwirken verschiedenster staatlicher Instanzen kommen sollte – Polizei, Verfassungsschutz, Finanzämtern, Bauämtern, um nur einige zu nennen (Eckert 2008; Schiffauer 2008: 55). Es ist deutlich, dass damit Grenzen, die im modernen liberalen Rechtsstaat zum Schutz von Individuen ausgebildet wurden, außer Kraft gesetzt werden – wie etwa die Unschuldsvermutung. Es wird eine Herausforderung sein, durch einen klugen Umgang mit Grenzen zu einer Entwicklung neuer *checks and balances* zu finden.

Ein zweites Problem besteht darin eine Antwort darauf zu finden, wie diese neue Ordnung demokratisch gestaltet werden kann. Was die institutionalisierte Politik betrifft, herrscht weitgehend Ratlosigkeit – hier bestimmen die Konzepte der klassischen Moderne weiterhin die Politik, was nichts anderes heißt, als dass sie immer weiter erodieren. Hier wäre zu überlegen, ob nicht das Phänomen der NGOisierung ein neues Politikverständnis ankündigt. In vielen Bereichen werden soziale Bewegungen heute gehört und eingeschaltet – die spezifische Kompetenz und Sensibilität, die sie in bestimmten Bereichen ausgebildet haben, lässt es, ganz im Sinne ganzheitlichen Vorgehens, wichtig erscheinen, dass sie gehört und zur Partizipation eingeladen werden. Dies trägt definitiv zu dem Gefühl der Herausbildung einer undurchschaubaren Meinungsbildung bei. Andererseits wäre zu überlegen, ob diese neuen Formen aktiver Partizipation nicht den Kern eines neuen Demokratieverständnisses bilden könnten.

## 2. Politik

### Literatur

- Bauman, Z. (1991). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg, Junius Verlag.
- Buzan, B./Wæver, O./Wilde, J. de, 1998: *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder CO: Lynne Rienner Publishers.
- Castells, M. (1996). *The Rise of the Network Society*. Blackwell, Cambridge, Mass. and Oxford.
- Douglas, M. (1985). *Reinheit und Gefährdung. Die Studie zu Vorstellungen von Verunreinigungen und Tabu*. Reimer Dietrich.
- Eckert, J. (2008). *The Social Life of Anti-Terrorism Laws*. Bielefeld. Transcript
- Koselleck, R. (1992). *Vergangene Zukunft*. Frankfurt (Main), Suhrkamp.
- Latour, B. (1991/1995). *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Berlin, Akademie Verlag.
- Schiffauer, W. (2008). *Suspect Subjects: Muslim Migrants and the security agencies in Germany*. In: Eckert, J. ed. (2008). *The Social Life of Anti-Terrorism Laws. The War on Terror and the classifications of the „dangerous other“*. Bielefeld. Transcript. 55-78
- Turner, V. (1982/1989). *Das Liminale und das Liminoide in Spiel, „Fluß“ und Ritual. Vom Ritual zum Theater*. Frankfurt/M., Campus: 28-94.